

Medienkonferenz

„Wirtschaftslage, konjunktureller Ausblick und wirtschaftspolitische Prioritäten 2011“

Montag, 6. Dezember 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Weltweite Staatsverschuldung und wirtschaftspolitische Konsequenzen für die Schweiz

Dr. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweiz ist keine wirtschaftliche Insel. Ihr Florieren hängt stark von den internationalen Entwicklungen ab. Ein Phänomen, das die internationalen Entwicklungen zurzeit stark prägt, ist die gegenwärtig massive Überschuldung der Staatshaushalte im OECD-Raum. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche wirtschaftspolitischen Rückschlüsse für unser Land gezogen werden müssen. Wir alle wissen, dass unser Land zurzeit auf einem im internationalen Vergleich äusserst gesunden Fundament steht: tiefe Staatsverschuldung, kaum rote Zahlen und ein funktionierender Staat auf allen Ebenen. Dieser gesunde Finanzhaushaltszustand geht dank dem gelebten internen – und vom Volk deutlich bekräftigten – Steuerwettbewerb auch mit proaktiven Steuerreformen einher. Gesunde Finanzen und ein attraktives Steuerumfeld sind so miteinander vereinbar. Mit weiteren Standortfaktoren wirkt sich das positiv auf die Wirtschaftsentwicklung aus. Im internationalen Benchmark haben unsere Unternehmen ihre Hausaufgaben vergleichsweise frühzeitig gemacht und damit die jüngste Wirtschaftskrise insgesamt besser gemeistert als in anderen Ländern. Die Schweizer Wirtschaft steht heute solide da. Das wirkt sich positiv auf die Arbeitsplätze aus: Unser Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin positiv.

Staatsverschuldung und Dominoeffekt

Doch wir dürfen uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Auch dürfen wir das äusserst labile internationale Umfeld nicht ausblenden. Die jüngsten Medienberichte zur finanziellen Situation in Irland oder Griechenland sind bekannt. Zahlreiche weitere Industriestaaten weisen horrende Defizite von bis über zehn Prozent des BIP aus. Solche Werte wurden zuletzt im Zweiten Weltkrieg beobachtet und sind weit weg von den ursprünglichen Maastricht-Kriterien. Damit ist ein markanter Schuldenanstieg in nahezu allen OECD-Staaten in den letzten drei Jahren zu beobachten. Im Durchschnitt ist die Staatsverschuldung seit Beginn der Krise um über 20 Prozent des BIP gewachsen. Diese massive Verschuldung ist vor allem auf die Staatsinterventionen zur Stützung des Finanzsystems und zur Konjunkturbelebung zurückzuführen.

Eine glaubwürdige Trendwende ist heute nicht sichtbar. Im Gegenteil, der Ausgabendruck in vielen Staaten ist weiterhin stark und die implizite Verschuldung – d.h. die ungedeckten Kosten der heute

eingegangenen Verpflichtungen im Sozialsystem – könnte die Verschuldungswerte gewisser Länder exponentiell anwachsen lassen. Auch die Schweiz ist aus Gründen der Demografie nicht vor dieser Gefahr gefeit. Strukturell gesehen bewirken diese ungedeckten Verpflichtungen in den Sozialsystemen unweigerlich einen „Crowding-out-Effekt“ gegenüber anderen Staatsaufgaben. Damit wird unser Staat immer mehr zu einem Transferstaat. Infolgedessen bleiben immer weniger Mittel, um in wachstums-trächtige Bereiche wie Bildung oder Infrastruktur zu investieren. Es findet ein Verdrängungseffekt statt. Das wirkt sich auf Dauer äusserst negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum des betroffenen Landes aus.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die stark verschuldeten Staaten – wegen der internationalen Verflechtung – andere, besser aufgestellte Staaten anstecken. So fragt sich insbesondere, wie lange die Staaten im Euroraum die strauchelnden Länder stützen können, ohne selber in die Tiefe gerissen zu werden. Ich möchte auf drei brisante Folgen der gegenwärtigen Verschuldungskrise eingehen:

- Neues Phänomen eines „Crowding-out-Effekts“ der Schuldzinsen: Es sind nicht mehr nur die Sozialsysteme, die die anderen Aufgabenbereiche verdrängen. Neu steigen die Ausgaben für Schuldzinsen rasant an und verdrängen alle anderen Ausgabenposten – Sozialsysteme inklusive – aus den Budgets. Ohne Gegenmassnahmen müsste in gewissen Ländern nahezu einer von vier Steuerfranken für blosse Schuldzinsen verwendet werden.
- Refinanzierungskonditionen als Zeitbombe: Geht man nicht mehr von den gleichen Konditionen aus, wie sie in der Vergangenheit galten, sondern von marktbedingt deutlich verschärften, droht gewissen Ländern der Konkurs. Das kann nur verhindert werden, wenn sie schnellstmöglich Gegenmassnahmen einleiten.
- Konsolidierungsbedarf in der EU als Herkulesarbeit: Um überhaupt innerhalb von 15 Jahren die Maastricht-Kriterien zu erreichen, sind gemäss Berechnungen von BusinessEurope jährliche Überschüsse von etwa drei Prozent des BIP und gleichzeitig jährliche Realwachstumswerte von zwei Prozent erforderlich. Es darf bezweifelt werden, dass das möglich ist.

Wirtschaftspolitische Konsequenzen für die Schweiz

Die Schweiz als kleine offene Volkswirtschaft befindet sich inmitten des weltweiten „Wettersturms“. Die Verschuldungskrise könnte weitere erhebliche Auswirkungen auf den Wechselkurs des Frankens haben. Die Aufwertung des Schweizer Frankens belastet die Schweizer Exportwirtschaft. Besonders betroffen sind der Tourismus, die Textilindustrie, die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie und die KMU-Wirtschaft mit Absatzmärkten in Europa. Auch der enorme Konsolidierungsbedarf in der EU wird zwangsläufig den politischen und finanziellen Druck auf die Schweiz erhöhen. Wie soll sich die Schweiz in diesem Umfeld wirtschaftspolitisch verhalten? Im Vordergrund stehen folgende wirtschaftspolitische Konsequenzen:

- Finanzpolitische Hausaufgaben vorausschauend angehen und lösen: Die Schuldenbremse muss eingehalten werden und soll zudem auf die Sozialversicherungen ausgedehnt werden.
- Im internationalen Steuerwettbewerb mithalten: Es besteht klarer Handlungsbedarf im Bereich unserer Unternehmensbesteuerung. Diese gilt es so zu verbessern, dass wir an der Spitze bleiben und unser Steuersystem international nicht angreifbar ist.
- Sich auf einen langfristig starken Franken einstellen: Das gilt vor allem für unsere Exportwirtschaft.
- Die Schweiz muss sich einer stärkeren Zentralisierung der EU durch eine harmonisiertere Wirtschafts- und Finanzpolitik bewusst sein und sich darauf einstellen.

Die Schweiz ist keine Insel, sondern ist wirtschaftlich international stark verflochten. Unser Land hat deshalb ein klares Interesse, dass es unserem europäischen Umfeld gut geht und es wirtschaftlich gedeihen kann. Wir müssen unsere Nachbarn auf ihrem schmerzvollen Restrukturierungsweg wohlwollend begleiten. Mit ihren Stärken will die Schweizer Wirtschaft auch zu einem kompetitiven Europa beitragen.